

Zum Artikel: Bahn bremst die Feuerwehr aus vom 16.11.2011

Sicherheit gibt's nicht zum Nulltarif!

Sicherheit gibt's nicht zum Nulltarif!

Das die „Sicherheit“ an der Trasse extrem bedenkenswert ist, hat nur einen einzigen Grund, die aktuelle Gesetzeslage. Im Grunde ist es nicht das Bundeseigenunternehmen was hier an den Pranger gehört, sondern ihr Eigentümer, DER BUND (Politik) die für die Gesetzeslage verantwortlich ist! Das Fernbleiben der DB AG soll so aber keineswegs entschuldigt werden.

Eine Gesetzeslage die aus dem 19. Jahrhundert stammt, ist politisch beschämend!

Ein Beispiel: der Rettungsweg muss nur 80 cm breit sein. Warum? Dieses Gesetz stammt aus Dampflokzeiten. Bahndämme, welche durch die Dampfloks in Brand gesetzt wurden, konnten so von Feuerwehrmännern zu Fuß erreicht werden um diese Brände mit Löschdecken zu löschen.

2011 fahren tausende Tonnen Gefahrgüter über die Betuwe-Route, Tendenz steigend, immer schneller im Mischverkehr.

Bei Einsätzen an der Trasse stehen die Wehren vor enormen Problemen. Verbauung, Felder und Wiesen machen die Trasse unzugänglich. Selbst Allradfahrzeuge werden in Feldern und Wiesen versinken, hohe Bahndämme gestalten die Erreichbarkeit, die Brandbekämpfung und die Rettungsmaßnahmen äußerst schwierig. Abstimmungsprobleme zwischen den Verantwortlichen der Bahn und den Wehren sorgen immer wieder für zusätzliche Gefahren. Nach einer angeblichen Streckensperrung wegen starken Gasgeruchs an der Trasse, rauschte plötzlich ein ICE durch den gesperrten Raum.

Im Straßenverkehr sind die LKW Hersteller in den letzten Jahrzehnten sehr stark reglementiert worden. Mit dem Ergebnis, dass sich diese Branche in punkto Sicher- und Wirtschaftlichkeit immer weiter entwickelt hat, zum Vorteil aller Betroffenen.

Ich meine, dass die Deutsche Bahn durch fehlende Reglementierungen und falsche politische Entscheidungen (Streckenstilllegungen) den heutigen Bedingungen und Bedürfnissen im Güterverkehr und anderer Transportmittel weit hinterher hinkt, und leider viele Jahre noch hinterher hinken wird.

Damit sich was ändert, müssen die betroffenen Kommunen mit öffentlichen Protesten den Anfang machen. Solche Protestaktionen wie in Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden Württemberg sucht man am rechten Niederrhein leider vergebens.

Ein dreigleisiger Ausbau ist meines Erachtens nur Flickwerk mit extremen technischen Problemen, welche nicht zu lösen sind, zudem würden die zu Recht geforderten Sicherheitsvorkehrungen den finanziellen Rahmen explodieren lassen.

Der internationale Güterverkehr muss, da wo es möglich ist, raus aus den Städten, so wie es uns das „kleine Holland“ vorgemacht hat.

MfG Karl-Heinz Jansen

Karl-Heinz Jansen

Sulenstraße 19

46446 Emmerich am Rhein